

## I n f o r m a t i o n

zur Lage in Westberlin und zur Arbeit der SEW

---

Auf Einladung des Parteivorstandes der SEW habe ich mich vom 29. März bis 4. April 1982 zu einem Informationsbesuch in Westberlin aufgehalten. Dabei hatte ich Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden der SEW, Horst Schmitt, und weiteren Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes, mit Funktionären der Kreisvorstände Kreuzberg und Reinickendorf, mit Genossen aus den Kreisen Wedding, Tiergarten und Spandau, die sich mit der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beschäftigen, mit der Leitung des Sozialistischen Jugendverbandes „Karl Liebknecht“, mit Redakteuren der Zeitung „Die Wahrheit“, mit Professoren der FU, der Technischen Universität und anderer Hochschulen, darunter Mitgliedern der SPD, mit Bündnispartnern der SEW aus dem Bereich der Friedensbewegung, darunter 10 Pfarrern, mit 15 der SEW angehörenden bzw. nahestehenden Künstlern, mit Ensemblemitgliedern des Theaters „Theatermanufaktur“. Während meines Besuchs habe ich vor einem Kreis von 100 Genossen des Parteiaktivs der SEW einen Vortrag zum Thema „Die internationale Entwicklung aus der Sicht der SED“ gehalten.

Im Ergebnis der Gespräche und meiner eigenen Eindrücke möchte ich zur generellen Situation in Westberlin folgendes feststellen:

- Der von der CDU geführte Senat befindet sich in einer relativ stabilen Position, obwohl er als „Minderheitssenat“ derzeit - infolge der Haltung der FDP - noch immer nicht formell über eine parlamentarische Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügt. Nach Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungspolitik ist bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung ein Vertrauensvorschuß für den von Weizsäcker geführten Senat vorhanden. Würden in Kürze wieder Wahlen stattfinden, so ist der Eindruck, könnte die CDU ihre Position eher noch ausbauen. Das ist so, obwohl die Lage in der Stadt sich seit dem Amtsantritt des CDU-Senats Weizsäcker keineswegs verbessert hat. Die Einwohnerzahl geht weiter zurück. 1981 lag sie am Jahresende bei 1,8 Millionen. Der Rückgang wäre noch stärker gewesen, hätte es nicht noch immer eine Zunahme von Ausländern gegeben. Ihre Zahl beträgt gegenwärtig 237 000 Personen, darunter etwa 116 000 Türken, 31 000 Jugoslawen und 7 000 Griechen. Im Jahre 1981 hat im Durchschnitt die Industrieproduktion in Westberlin stagniert. Die Zahl der Beschäftigten ist von 944 000 im Jahr 1970 auf 818 000 zurückgegangen. In der Industrie ist sie auf rund 170 000 gesunken. In der Bauwirtschaft betrug der Rückgang der Beschäftigten 4,5 Prozent, im verarbeitenden Gewerbe 3,5 Prozent, im Handel 2,5 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen hat stetig zugenommen. Ende Februar 1982 wurden fast 72 000 Arbeitslose offiziell registriert. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 60 Prozent.

Dennoch ist der CDU-Senat derzeit noch in der Lage, die Folgen dieser Entwicklung für die Bevölkerung dem Erbe der jahrelangen SPD-Regierung zuzuschreiben bzw. so zu tun, als seien die Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die Verschlechterung im Bereich des Wohnungsbaus und der Mieten Auswirkungen der Bonner Regierungspolitik auf Westberlin. Das wird noch von vielen Menschen geglaubt.

Hinzu kommt, daß sich der CDU-Senat unter Weizsäcker offenkundig bemüht, in einer Reihe von Fragen der Innenpolitik flexibel vorzugehen und nicht mit voller Breite auf solchen Gebieten wie der Bildungspolitik, im Hochschulwesen und auch im kulturellen Bereich einen sichtbar reaktionären Kurs durchzusetzen. Man nutzt aber die angebliche Notwendigkeit finanzieller Sparmaßnahmen, um die Rotstiftspolitik sozusagen mit schwarzer Zielsetzung durchzuführen, d.h. bei Streichungen im Bildungs- und Hochschulbereich die Positionen fortschrittlicher, linker Kräfte abzubauen. Weizsäcker hat es bisher verstanden, sich persönlich

aus der Schußlinie öffentlicher Kritik herauszuhalten und es so eingerichtet, daß sich Proteste vor allem gegen den Innensenator Lummer richten, der als brutaler Vertreter eines rechtskonservativen Kurses bekannt ist. Viele der SPD angehörenden Mitarbeiter der Senatsverwaltung und der Bezirksämter haben sich opportunistisch an die veränderte Situation angepaßt und sind froh, daß sie nicht ihre Stelle verlieren.

- Die Lage des CDU-Senats wird dadurch begünstigt, daß die SPD in Westberlin noch keine Einstellung zu ihrer Rolle als Opposition gefunden hat. Sie befindet sich in einem desolaten Zustand. Sie tut sich sehr schwer mit einer offensiven Kritik an den Zuständen und an der Politik des Senats, weil sie sich entweder vorhalten lassen muß, daß sie an den jetzigen Zuständen selbst schuld ist und weil sie bei Kritik gegen die staatliche Rotstiftpolitik usw. natürlich auch Front machen müßte gegen die Politik der von der SPD geführten Regierung in Bonn und deren Auswirkungen auf Westberlin. Mir wurde berichtet, daß in den Betrieben Sozialdemokraten häufig nicht mehr wagen, sich öffentlich zu ihrer Partei zu bekennen. Keiner weiß so recht, wie es weitergehen soll.

Angesichts der Aussicht, für längere Zeit in der Opposition bleiben zu müssen, wächst aber zugleich bei Sozialdemokraten die Bereitschaft zu Gesprächen und sachlichen Kontakten mit Genossen der SEW. Das wird auch durch den Umstand begünstigt, daß in der Westberliner SPD eine neue Generation von Funktionären heranwächst, die nicht mehr in dem Maße von fanatischem Antikommunismus verseucht sind wie jene SPD-Leute, die in den 50er und 60er Jahren diese Partei beherrschten. Damit erwachsen für unsere Bruderpartei neue Möglichkeiten für die Aktionseinheit mit Sozialdemokraten, vor allem in den Betrieben und in Gewerkschaften, aber auch im kommunalen Bereich, worauf sich die SEW, wie ich mich überzeugen konnte, zunehmend besser einstellt.

- Zugleich kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß es in den zurückliegenden Monaten zu einer Belebung der demokratischen, außerparlamentarischen Bewegung gekommen ist, wie es das bisher noch nicht gab. Es gibt eine starke, organisierte Friedensbewegung, getragen von einem Bündnis der unterschiedlichsten Kräfte und Organisationen, in dem unsere Partei eine anerkannte und auch inspirierende Rolle spielt. Das im März in Westberlin durchgeführte Bürgerbegehren gegen die Einführung des „Weißen Kreises“, d.h. gegen die Freigabe der Mieten, war eine Aktion von besonderer Tragweite. Erstmals haben hierbei die SPD, die Alternative Liste, die SEW, der sozialdemokratisch geführte Mieterverein, die von der SEW beeinflusste Mietergemeinschaft e.V. und andere Organisationen eine gemeinsame Aktion durchgeführt, in deren Ergebnis 230 000 Westberliner Bürger ihre Unterschrift gegen die Mietpolitik des von der CDU geführten Senats gaben, unter ihnen zahlreiche CDU-Wähler. Die SEW hat dabei allein mehr als 50 000 Unterschriften gesammelt, was ihr vor allem bei Sozialdemokraten Anerkennung und Respekt verschaffte, denn die SPD hatte Angst, es könne ihr nicht gelingen, eine genügend große Zahl von Unterschriften zu erreichen.

Zum ersten Mal ist es geschehen, daß sich in Kreuzberg der Vorsitzende des Kreisverbandes der SPD mit dem Kreisvorsitzenden der SEW getroffen hat, um darüber zu beraten, wie man in Abstimmung das Bürgerbegehren durchführt. Von SPD-Genossen war gegenüber unseren Genossen geäußert worden, da die SEW bei der Sammlung von Unterschriften größere Erfahrungen besitze, sei man bei der SPD daran interessiert, Anregungen und Ratschläge zu bekommen.

Auch andere Aktionen haben eine große Wirkung gehabt. So die Organisation des Widerstandes gegen die vom CDU-Senat geplante drastische Erhöhung der Kosten für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten. In einer breiten gemeinsamen Aktion ist es gelungen, den Senat zum Zurückweichen zu zwingen, wenn auch eine Verteuerung generell nicht verhindert werden konnte.

Diese Belebung der demokratischen Aktion, die Herausbildung von Bündnissen, in denen sich Sozialdemokraten, Kommunisten, Vertreter der AL, FDP-Leute, die fortschrittlichen Jugendverbände, engagierte Christen und andere treffen, ist für Westberlin eine völlig neue Erscheinung. Früher war der Platz vor dem Reichstag eine Stätte von Frontstadtkundgebungen. Im August des vergangenen Jahres fand dort ein Friedensfest der Jugend mit ca. 60 000 Teilnehmern statt, zu dem die „Jugendinitiative gegen Aufrüstung“ auf Anregung des Sozialistischen Jugendverbandes „Karl Liebknecht“ aufgerufen hatte. Kennzeichnend für die Veränderung der Lage war im September 1981 die Demonstration von 80 000 Westberlinern gegen den Besuch des USA-Außenministers Haig. Früher war die Waldbühne eine Stätte revanchistischer und antikommunistischer Kundgebungen. Am 9. Mai wird in dieser Waldbühne, veranstaltet von der Initiative „Künstler für den Frieden“, ein Friedensfest stattfinden, zu dem sich mehr als 400 Künstler angesagt haben und für das 30- bis 50 000 Besucher erwartet werden.

Ich konnte mich davon überzeugen, daß die SEW in Verwirklichung der Linie ihres VI. Parteitagés vom Mai 1981 mit großer Ernsthaftigkeit bemüht ist, ihre massenpolitische Arbeit zu verbessern und dabei auch vorangekommen ist. Wenn auch mit unterschiedlichen Ergebnissen, gibt es in den Kreisorganisationen eine deutliche Konzentration auf die heute im Vordergrund stehenden Schwerpunkte:

- Die Partei spielt eine aktive Rolle in der Friedensbewegung, sie ist in diesem breiten Bündnis anerkannt und konnte dabei mit Kräften in Kontakt kommen, mit denen es vor wenigen Jahren noch keinerlei Berührung gab. Wenn in allen Westberliner Kreisen heute regionale Friedensinitiativen bestehen, in denen Sozialdemokraten, Kommunisten, FDP-Leute, Kräfte der AL, Jugendverbände, Pfarrer, Künstler usw. zusammenarbeiten, so ist das in hohem Maße auch ein Ergebnis der Arbeit der Genossen unserer Bruderpartei.

In Kreuzberg z.B. wurde im Oktober 1981 auf Initiative von Genossen ein solches Friedensforum gegründet, das seitdem eine beständige Arbeit leistet. Bei diesem Friedensforum bestehen Arbeitsgruppen, die sich mit der Ausarbeitung von Argumentationen befassen, mit der Herausgabe von Flugblättern und Broschüren, mit der Durchführung von Veranstaltungen usw. Nachdem die Alternative Liste zunächst nicht vertreten war, ist es mittlerweile gelungen, auch die AL einzubeziehen, und unsere Genossen sind sehr gut bekannt mit den Bezirksverordneten der AL.

Auch im Kreis[=Bezirk] Reinickendorf hat sich eine solche Friedensinitiative gebildet. Ihr ist es gelungen, an 10 Schulen des Kreises[=Bezirks] Friedenstag durchzuführen. Es wurde ein Friedensmuseum gegründet. Friedensfeste werden veranstaltet. Es wurden Unterschriften gesammelt gegen die NATO-Raketenpolitik und gegen die Neutronenbombe.

Am 4. April 1982 wurde am Funkturm in Westberlin die zentrale Kunstaussstellung der Stadt eröffnet. Dabei war es möglich, wie ich mich bei einem Besuch überzeugen konnte, daß die Initiative „Künstler für den Frieden“, zu der eine Reihe Genossen Künstler gehören, auf dieser Kunstaussstellung mit einem großen eindrucksvollen Stand vertreten ist, der zudem so im vorderen Teil der Kunstaussstellung plaziert ist, daß kein Besucher ihn unbeachtet lassen kann.

Alle Initiativen des in der Stadt gebildeten zentralen Koordinierungskomitees der Friedensbewegung werden mit unserer Bruderpartei abgesprochen. So leistete sie einen großen Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung des Ostermarsches in Westberlin, und so ist sie stark engagiert für die Vorbereitung des Friedensfestes in der Waldbühne am 9. Mai sowie anderer Aktionen.

- Deutlich ist die Hinwendung der Partei zu den Fragen der innerstädtischen Politik, nachdem es hier über lange Zeit Hemmungen gegeben hat. Ein sichtbarer Beweis dafür war die Rolle der SEW bei der Durchführung des Bürgerbegehrens gegen die Mietfreigabe, wovon schon die Rede

war. Bei der Sammlung von über 50 000 Unterschriften in den Häusern ist die Partei mit einer großen Zahl von ihr bisher nicht bekannten Menschen bzw. Familien in Kontakt gekommen. Alle Genossen, mit denen ich darüber sprach, berichteten, es sei noch niemals so leicht gewesen, Unterschriften zu sammeln, da die Mietproblematik die Mehrheit der Westberliner Bevölkerung zutiefst bewegt, auch Anhänger und Wähler der CDU. Deshalb hat sich die SEW entschlossen, den Fragen der Miet- und Wohnungspolitik weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie wird sich auf ihrer nächsten Parteivorstandstagung Mitte April speziell damit befassen. Es ist ihr gelungen, die Mietergemeinschaft e.V. zu gründen und zu einer anerkannten Kraft der Mieterbewegung zu machen. In den Kreisen Kreuzberg und Reinickendorf ist mir versichert worden, daß in allen örtlichen Mieterräten Genossen der SEW vertreten sind.

Diese stärkere Hinwendung zu Fragen der innerstädtischen Politik widerspiegelt sich auch in den Methoden der Leitungsarbeit. So wurde mir im Kreisvorstand Kreuzberg deutlich gemacht, daß jedes Mitglied des Kreisvorstandes in einer der Arbeitsgruppen tätig ist, die sich mit Fragen der Wohnungspolitik, des Schulwesens, der Jugend, der ausländischen Arbeiter usw. befassen. Mittlerweile haben sich viele Genossen Spezialkenntnisse auf den verschiedenen Gebieten der Kommunalpolitik erworben und leisten als Genossen der SEW in Bürgerinitiativen, an Schulen, mit ausländischen Gastarbeitern und auch mit Abgeordneten der AL eine zielstrebige politische Arbeit. Es gibt bereits zahlreiche Fälle, wo sich AL-Abgeordnete an Genossen der SEW mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben, weil sie selbst sich auf bestimmten Gebieten nicht kompetent genug fühlen.

- Verstärkte Anstrengungen unternimmt die SEW zur Erweiterung ihrer Position in den Gewerkschaften sowie zum Ausbau ihres Einflusses in den Großbetrieben. Im gewerkschaftlichen Bereich gibt es dabei spürbare Fortschritte. Die Beschlüsse der kürzlich durchgeführten 12. Landesdelegiertenkonferenz des DGB Westberlin waren in starkem Maße beeinflußt von Genossen bzw. gemeinsam von Kollegen der SEW, der SPD und parteilosen Kollegen vorbereitet. Mehr als 10 Prozent der Delegierten dieser DGB-Konferenz waren Mitglieder unserer Partei. Gut vorangekommen sind die Genossen vor allem in der IG Druck und Papier, in der Gewerkschaft ÖTV sowie in der Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaften [=Erziehung und Wissenschaften] (GEW).

Schwieriger ist es in der IG Metall. Die Führung der IG Metall in Westberlin steuert noch immer einen scharfen antikommunistischen Kurs. Es wird ein starker Druck gegen die in dieser Gewerkschaft tätigen Genossen ausgeübt. Hinzu kommt, daß es in der IG Metall in Westberlin im Grunde kein innergewerkschaftliches Leben gibt. Es finden kaum Versammlungen statt. An vielen Stellen ist es so, daß aktive gewerkschaftliche Arbeit überhaupt nur von Genossen der SEW geleistet wird.

Um so mehr ist die Partei bemüht, gerade in solchen Betrieben wie bei Siemens, bei der AEG, bei Osram usw. die Arbeit ihrer Betriebsgruppen zu entwickeln. Es ist gelungen, die Zahl der Parteimitglieder zu erhöhen und dabei vor allem junge Arbeiter zu gewinnen. Regelmäßiger werden Betriebszeitungen der Partei herausgegeben, und es ist auch erreicht worden, daß stärker als früher auf Belegschaftsversammlungen Genossen offen auftreten und zu den anstehenden Problemen das Wort ergreifen. Generell wird die Linie verfolgt, daß die Genossen in den Betrieben mit offenem Visier kämpfen, sich - von festgelegten Ausnahmen abgesehen - offen als Mitglieder der SEW der Diskussion stellen. Wenn es auch manchmal anfangs schwer ist, so hat sich diese Linie überall bewährt.

Insgesamt gibt es in Westberlin gegenwärtig 100 Betriebsgruppen der SEW, davon 50 im öffentlichen Dienst (an Schulen, in Krankenhäusern, in einigen Bezirksämtern usw.). Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Westberlin über 220 000 Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Dazu gehören die Senatsdienststellen einschließlich der Volksbildungseinrichtungen und der staatlichen Krankenhäuser sowie die Bundesbehörden. In

der Industrie gibt es noch ca. 170 000 Beschäftigte. Rund 150 000 Menschen umfassen die Universitäten und Hochschulen (etwa 80 000 Studenten und fast die gleiche Zahl wissenschaftlicher Mitarbeiter oder sonstiger Angestellter des Hochschulwesens). Die SEW gibt derzeit 46 Betriebszeitungen heraus. Sie erscheinen in der Regel mindestens alle zwei Monate, bei betrieblichen Aktionen jedoch öfter. Sie haben eine Gesamtauflage von etwa 50 000 Exemplaren.

Nach den mir zugegangenen Informationen kann davon gesprochen werden, daß sich die Möglichkeiten für das Auftreten von Genossen der SEW in den Westberliner Betrieben verbessert haben bzw. daß sich in vielen Betrieben und Einrichtungen die Genossen unserer Bruderpartei als anerkannte und geschätzte Vertreter der Interessen der Belegschaft, als aktive Gewerkschafter durchgesetzt haben. Es überwiegt eine sachliche und kameradschaftliche Atmosphäre, und es gibt beachtenswerte Fortschritte in der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Vorbereitung von Betriebsversammlungen sowie bei der Durchführung gewerkschaftlicher Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung, im Tarifikampf usw.

Dennoch bedarf es weiterhin energischer Anstrengungen, um vor allem in den Großbetrieben die vorhandenen Betriebsgruppen zu stärken, neue Betriebsgruppen zu schaffen und damit insgesamt den Einfluß der Partei unter der Industriearbeiterschaft zu erweitern.

Die SEW wird am 24. April eine Konferenz mit Arbeiterfunktionären durchführen, wozu auch SPD-Genossen, parteilose Gewerkschafter und fortschrittliche Wirtschaftsfachleute eingeladen sind. Diese Konferenz soll dazu dienen, die Position der SEW zu all den die Arbeiter und Angestellten in Westberlin berührenden Fragen noch einmal deutlich zu machen und den Anstoß geben für eine breite Diskussion in der Arbeiterbewegung Westberlins über die Erfordernisse des Kampfes für Frieden und soziale Sicherheit, gegen Arbeitslosigkeit und Lohnabbau.

- Gute Fortschritte sind in der Entwicklung des Sozialistischen Jugendverbandes „Karl Liebknecht“ zu verzeichnen. Auf der Grundlage des Programms zum Kampf für die Grundrechte der Jugend hat sich der Jugendverband zu einer in der Jugendbewegung der Stadt anerkannten Kraft entwickelt und spielt vor allem eine große Rolle in der Friedensbewegung sowie in der Bewegung gegen Jugendarbeitslosigkeit, für das Recht auf Arbeit und Berufsbildung. Dem Engagement unserer jungen Genossen ist es zu verdanken, daß die Initiative „Jugend gegen Aufrüstung“ geschaffen werden konnte und eine wirkungsvolle Arbeit leistet. Gemeinsam mit der SPD-Jugendorganisation „Die Falken“ konnte unser Jugendverband im Januar dieses Jahres eine Kundgebung zu Ehren von Karl Liebknecht durchführen. Der SJV hat Beziehungen zu den Gruppen der Hausinstandbesetzer sowie zu anderen Bündnisgruppen.

Stark ist der SJV an Westberliner Schulen verankert. In jedem Bezirk Westberlins gibt es - wenn auch zumeist im bescheidenen Rahmen - einen Klub der SJV. In Tempelhof, wo alle Kinos geschlossen worden sind, hat unser Jugendverband ein kommunales Jugendkino gegründet. In Neuköln hat man ein kommunales Kinderkino geschaffen. In Schöneberg sind von unseren jungen Genossen Zirkel für Sport, für Karate, für Video-Interessenten usw. eingerichtet worden. Auch in Spandau ist man in der Freizeit gut vorangekommen und hat z.B. eine Teestube für Jugendliche eröffnet. Ende September wird der SJV auf dem Potsdamer Platz ein großes Jugendtreffen unter dem Motto „Jugendtag 82“ veranstalten.

Unter Berücksichtigung der guten Erfahrungen der SDAJ in der BRD strebt der Jugendverband in Westberlin jetzt auch die Gründung von Betriebsgruppen an. Begonnen wird bei Siemens und bei der AEG.

Für die ideologische Stählung der Verbandsmitglieder hat es sich als außerordentlich nützlich erwiesen, in großem Umfange antifaschistische Widerstandskämpfer in den Jugendgruppen des SJV bzw. in den Klubs auftreten zu lassen. Alle Gruppen des Jugendverbandes tragen Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer, wobei es sich zumeist um die Namen solcher

Antifaschisten handelt, die aus dem jeweiligen Bezirk oder Wohnbereich stammen. In Reinickendorf ist eine antifaschistische Busrundfahrt eingerichtet worden. An Wochenenden werden vor allem mit Schülern und zum Teil ganzen Schulklassen Busrundfahrten zu Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes durchgeführt. Mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung/Wissenschaften[=Erziehung und Wissenschaften] und mit Hilfe eines SPD-Stadtrates ist erreicht worden, daß diese von der Bezirksverwaltung Reinickendorf als jugendfördernd erklärt wurde und damit finanziell unterstützt wird. Auch in anderen Westberliner Bezirken gibt es Beispiele dieser Art.

In diesem Zusammenhang ist es beachtenswert, daß am 8. Mai 1982 von der VVN Westberlins gemeinsam mit der von der SPD geleiteten Vereinigung der Verfolgten sowie mit dem Landesjugendring Westberlin eine Kundgebung zum Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus durchgeführt wird. Ein solches Zusammenwirken hat es noch nicht gegeben.

Der Jugendverband hat ein Karl Liebknecht-Aufgebot zur Stärkung des Verbandes beschlossen. Im Vordergrund steht die Gewinnung neuer Mitglieder, die Verbesserung der Arbeit der Gruppen, die Entwicklung des Kampfes junger Arbeitsloser, die stärkere Beachtung der Probleme der jungen Mädchen und der ausländischen Jugendlichen und die weitere Entwicklung der Schulungstätigkeit. Ebenso geht es um mehr Hilfe für den Pionierverband. Kürzlich hat eine Konferenz der Pionierräte stattgefunden. Es wird Kurs genommen auf die offene Pionierarbeit auf den Spielplätzen, auf die Gründung von Schulgruppen der Jungen Pioniere sowie auf die stärkere Arbeit mit den Eltern, mit Lehrern und dem Personal der Kindertagesstätten.

- Große Möglichkeiten besitzt die Partei für die Arbeit mit Künstlern und Kulturschaffenden sowie auch im Bereich der Hochschulen und Universitäten. Bei Begegnungen mit Malern, Schriftstellern, Schauspielern, Mitarbeitern von Kunstgalerien konnte ich mir einen Eindruck davon machen, daß es gute Kontakte zwischen leitenden Genossen der SEW und fortschrittlichen Künstlern gibt. Eine beachtliche Zahl solcher Künstler gehört unserer Partei an. Von Künstlern, die der SEW angehören oder ihr nahestehen, wird z.B. in Kreuzberg die Elefanten-Press-Galerie betrieben. Sie ist die größte nichtstaatliche Kunstgalerie in Westberlin und leistet meines Erachtens eine hervorragende kulturpolitische Arbeit.

Enge Beziehungen gibt es zwischen Genossen der SEW und den Ensembles einiger fortschrittlicher Theater. So war ich sehr beeindruckt vom Besuch einer Aufführung des Stückes „Henry und das große Gesetz“[= „Henry Ford und das große Gesetz“] in der Theatermanufaktur am Halleschen Ufer. In diesem Stück wird in einer geschickten und sehr unterhaltsamen Weise das Gesetz der kapitalistischen Ausbeutung enthüllt. Scherzhaft wurde mir vom Leiter des Theaters und Autor des Stückes, Otto Konschütz[=Zonschütz], erklärt, ein namhafter Ökonomie-Professor aus einem sozialistischen Land habe ihm nach dem Besuch der Aufführung gesagt, nunmehr habe er auch endlich voll begriffen, was Karl Marx gemeint habe.

Gespräche mit einer Gruppe von etwa 15 Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Westberliner Universitäten, darunter Mitglieder der SEW und auch der SPD sowie parteilose Wissenschaftler, haben mir das Interesse in diesen Kreisen an Diskussionen über Grundfragen der Politik, weltanschauliche und wissenschaftliche Themen gezeigt. Hier liegt ein großes Betätigungsfeld für die Hochschulgruppen der Partei, die gegenwärtig besonders damit beschäftigt sind, die Aktionen der Initiative „Hochschulen für den Frieden“ zu erweitern. Es ist z.B. gelungen, an allen Fachbereichen der FU Gruppen von Studenten und Wissenschaftlern zu bilden, die Seminare, öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen zur Verantwortung der Wissenschaftler im Kampf um den Frieden durchgeführt haben bzw. vorbereiten. Die Lage an den Hochschulen ist in zunehmendem Maße dadurch beeinflußt, daß vom CDU-Senat durch Mittelkürzungen, Stellenstreichungen und auch durch politischen Druck der Spielraum für fortschrittliche Kräfte eingeengt wird.

- Größere Aufmerksamkeit als bisher schenkt die Partei den Problemen der ausländischen Arbeiter. Beim Parteivorstand ist eine Kommission für diese Fragen gegründet worden. Im Bezirk Kreuzberg, wo der Ausländeranteil besonders hoch (40 000) ist, kümmert sich die Partei intensiv um diese Probleme. Dabei gibt es vor allem eine gute Zusammenarbeit mit türkischen Genossen. Allerdings wurde ich davon unterrichtet, daß von seiten der in Westberlin tätigen Beauftragten der türkischen Bruderpartei im Herangehen an andere politische Kräfte der türkischen Bevölkerungsgruppe eine zu enge, ja sogar sektiererische Haltung eingenommen wird. So gibt es leider gegenwärtig kein breites Aktionskomitee zur Verteidigung der Interessen der ausländischen Mitbürger, wonach von unserer Partei gestrebt wird.

Diese Frage stellt sich mit um so größerer Dringlichkeit, als mir von fast allen Gesprächspartnern berichtet wurde, daß die Ausländerfeindlichkeit in der Westberliner Bevölkerung, geschürt vom CDU-Senat und von den bürgerlichen Medien, rapide zunimmt. Der sogenannte Lummer-Erlaß zur Beschränkung der Zahl der Ausländer in der Stadt hat zu einer spürbaren Einschüchterung der ausländischen Bürger geführt. Die Bereitschaft zum politischen Engagement ist aus Angst, man könne zurückgeschickt werden, deutlich abgesunken. Die Entwicklung des gemeinsamen Kampfes für den Schutz der Rechte und Interessen der ausländischen Bürger, vor allem der Arbeiter, und der Widerstand gegen die Ausländerhetze wird eine wichtige Aufgabe der kommenden Zeit sein.

In den zurückliegenden Wochen sind nach den Wahlen in den Parteigruppen in den Kreisorganisationen der SEW Delegiertenkonferenzen durchgeführt worden. Alle diese Konferenzen waren von der Erkenntnis beherrscht, daß sich die Beschlüsse des VI. Parteitages der SEW im Leben bewähren. Es gab eine aufgeschlossene optimistische Atmosphäre. Auf jeder Konferenz wurden konkrete Ziele zur Stärkung der Reihen der Partei beschlossen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate, die gewachsenen Möglichkeiten der Bündnisarbeit, die Lehren des Bürgerbegehrens haben bei vielen Genossen die Überzeugung gefestigt, daß die Chancen gewachsen sind, neue Kämpfer an die Partei heranzuführen. Über 50 Prozent der Mitglieder der Gruppenleitungen sowie der Kreisvorstände sind Frauen. In größerem Maße als bisher ist es gelungen, junge Kader für Leitungsaufgaben heranzuziehen. Was es bisher nicht gegeben hat: An einigen Kreisdelegiertenkonferenzen der SEW, so in Zehlendorf und in Schöneberg, haben offizielle Abgesandte der SPD-Kreisverbände als Gäste teilgenommen. Im SPD-Kreisvorstand Schöneberg hatte es darüber eine Abstimmung gegeben. Mit 13 zu 11 Stimmen war beschlossen worden, der Einladung der SEW Folge zu leisten. Nach Einschätzung der Führung der SEW ist es gelungen, jeglichen Einfluß der vor eineinhalb Jahren ausgeschlossenen fraktionellen Gruppe zu überwinden.

In der Arbeit der SEW kommt es vor allem darauf an:

- allen Genossen, jeder Parteigruppe, jedem Kreisvorstand die neuen Möglichkeiten des politischen Wirkens der Partei voll bewußt zu machen, konkrete Festlegungen zu treffen über die Schwerpunkte der Arbeit und umfassende Hilfe durch den Parteivorstand zu geben, damit jede Chance genutzt wird, die Politik der Partei öffentlich zu vertreten, den Einfluß in den Bündnissen zu stärken und vor allem neue Mitglieder sowie Leser und Abonnenten für die Zeitung „Die Wahrheit“ zu gewinnen;
- dafür Sorge zu tragen, daß die führenden Genossen der SEW, angefangen vom Parteivorsitzenden persönlich, häufiger und wirkungsvoller öffentlich auftreten und sich zu stadtbekanntem Persönlichkeiten profilieren;
- stärker als bisher zu gewährleisten, daß die SEW rasch und treffsicher mit Stellungnahmen, Interviews, Argumentationen auf neu auftauchende Fragen der Politik und auch der Bewegungen in der Stadt reagiert;

- mit großer Energie darauf hinzuwirken, daß „Die Wahrheit“ als Zeitung der Partei die ihr gebotenen Möglichkeiten nutzt, um zum Organ aller zu werden, die in der Stadt für Frieden und gegen Sozialabbau, für Mieterrechte, für die Interessen der Arbeiter und Angestellten, der Jugend, der Frauen usw. eintreten;
- das Schulungssystem der Partei zu überprüfen, um die politisch-weltanschauliche Qualifizierung der Parteikader zu verbessern und die Marxistische Abendschule (MASCH) besser zu nutzen für eine offensive Propagierung sozialistischer Ideen unter jungen Gewerkschaftern, an Universitäten und Hochschulen usw.;
- die Zusammensetzung der Studiendelegationen in die DDR weiter zu verbessern und dabei vor allem Gewerkschaftskollegen aus Großbetrieben, Sozialdemokraten und Freunde aus den verschiedenen Bündnissen für Studienreisen in die DDR zu gewinnen.